

Stand: 21. April 2009

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Transparenz als Leitmotiv –

Die Möglichkeiten des Verbraucherinformationsgesetzes nutzen und weiter ausbauen !

1. Über drei Legislaturperioden hinweg hat die SPD für ein Verbraucherinformationsgesetz gekämpft. Mehrere Anläufe sind am Widerstand der CDU/CSU und den unionsgeführten Bundesländern gescheitert, bis im Mai 2008 das Gesetz in Kraft treten konnte.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat von Anfang an deutlich gemacht, dass das Gesetz einen deutlichen Fortschritt für die Verbraucherinnen und Verbraucher darstellt, dass sie aber weitere Schritte für erforderlich hält.

Insbesondere fordern wir,

- dass die in dem Gesetz vorgesehenen Mechanismen, zum Beispiel in bezug auf die Kostenregelungen oder die Auslegung der Ausschluss- und Beschränkungsgründe in § 2, nicht dazu führen dürfen, dass ein Informationszugang der Verbraucherinnen und Verbraucher praktisch unmöglich wird,
- dass der Anwendungsbereich des Gesetzes über den Geltungsbereich des Lebens- und Futtermittelgesetzes und des Weingesetzes hinaus auf alle Produkte und Dienstleistungen ausgeweitet wird,
- dass ein gesetzlicher Informationsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Unternehmen geschaffen werden soll, wenn die Wirtschaft nicht selbst bereit ist, entsprechende freiwillige Schritte zu tun,
- dass die Informationsrechte nach dem Verbraucherinformationsgesetz mit denen der Informationsfreiheitsgesetze und der Umweltinformationsgesetze des Bundes und der Länder in einem konsistenten Rahmen zusammengeführt werden.

Mit der CDU/CSU wurde vereinbart, dass das Gesetz evaluiert und spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ein Erfahrungsbericht vorgelegt wird. Im Lichte der dokumentierten Erfahrungen mit der Anwendung des Gesetzes sind dann weitere Verbesserungen des Verbraucherinformationsgesetzes auf den Weg zu bringen.

2. Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des VIG ist festzustellen, dass die ersten Behörden anfangen, von sich aus Informationen ins Netz zu stellen und auf Anfrage von Verbraucherinnen und Verbrauchern Informationen zu veröffentlichen. Trotzdem ist das Ziel des Gesetzes, mehr Transparenz und einen leichteren Zugang zu Verbraucherinformationen zu ermöglichen, noch nicht erreicht. Es zeigt sich, dass
 - Anfragen von Verbraucherinnen und Verbrauchern oft nicht, nicht in dem gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum oder nicht ausreichend beantwortet wurden,
 - die auf der Grundlage der Landesgebührenordnungen teilweise abschreckend hohe Kosten erhoben werden,

- die Erhebung der Kosten abhängig vom Bearbeitungsaufwand dazu führt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bei Antragstellung keine Sicherheit über die letztlich entstehenden Kosten erhalten,
- die in § 40 des Lebens- und Futtermittelgesetzesbuches geschaffene „Soll-Vorschrift“, wonach die Behörden von sich aus aktiv über Rechtsverstöße, Gesundheitsgefahren und Gammelfleischfunde informieren sollen, bisher kaum angewandt worden ist und dass die Behörden bisher nur wenige Verstöße und Namen von sich aus bekannt gemacht haben,
- Anfragen über Rechtsverstöße oft mit der Begründung abgewiesen werden, dass das Verwaltungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei bzw. ein Rechtsverstoß erst mit Erlass eines Bescheides vorliege, obwohl der Gesetzeswortlaut ausdrücklich einen Zugang zu Informationen über Rechtsverstöße auch während laufender Verwaltungsverfahren ermöglicht.

3. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt dazu fest:

Mit der Verabschiedung des Verbraucherinformationsgesetzes ist ein großer Fortschritt erreicht worden. Die bisher beklagten Missstände beziehen sich vor allem auf eine fehlerhafte oder ungenügende Anwendung des bestehenden Gesetzes.

Wenn Anfragen nicht oder nicht in dem dafür vorgesehenen Zeitraum beantwortet wurden, deutet dies darauf hin, dass Organisation und Management von Behörden auch nach Jahren der Diskussion über Transparenz und erweiterte Informationsrechte noch nicht darauf eingestellt sind, auf Fragen der Bürgerinnen und Bürger angemessen einzugehen und dies auch als Chance für Wirtschaft und Gesellschaft zu begreifen. Organisatorische Vorkehrungen für die zügige und sachgerechte Beantwortung von Fragen wurden oft zu spät und teilweise noch gar nicht getroffen oder nur zögerlich umgesetzt. Bei konkreten Anfragen ist häufig immer noch nicht klar, welche Behörde letztlich für die Beantwortung zuständig ist, und mit welchen Kosten Verbraucherinnen und Verbraucher rechnen müssen. Bis heute fehlt es in den meisten Ländern und Behörden an leicht zugänglichen Informationen über die Verbraucherinformationsrechte.

§ 40 des Lebens- und Futtermittelgesetzesbuches, wonach die Behörden die Öffentlichkeit von sich aus über wichtige Sachverhalte informieren sollen, hat nicht nur das Ziel, mehr Transparenz zu schaffen und über die Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften und die diesbezüglichen behördlichen Maßnahmen zu informieren. Ein „aktives“ Bereitstellen von Informationen in Bürgerportalen kann auch dazu beitragen, die unbestreitbaren zeitlichen Belastungen der Behörden durch individuelle Anfragen von Bürgern entgegen zu wirken und die Behörden und Bürger von den Kosten der Bearbeitung von Einzelanfragen zu entlasten. Die Behörden haben diese Möglichkeiten aber nur in ganz wenigen Fällen genutzt.

Die Debatten über die Sicherheit von Spielzeug, den Missbrauch von Daten oder Verbraucherschutzprobleme im Bereich der Telekommunikation bestätigen, dass eine Beschränkung der Informationsrechte auf Lebensmittel und Bedarfsgegenstände der Situation von Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht gerecht wird.

Wir sehen uns in unserer Einschätzung bestätigt, dass nicht nur die Möglichkeiten des bisherigen Gesetzes offensiver als bisher umgesetzt und genutzt werden müssen, sondern auch die anderen Forderungen der SPD in Bezug auf mehr Transparenz und Informationsrechte mit Nachdruck weiter zu verfolgen sind.

4. Wir fordern daher alle Abgeordneten und Mandatsträger der SPD in Bund, Ländern und Gemeinden dazu auf, nach Kräften dazu beizutragen, dass die bestehenden Gesetze zur Verbraucherinformation und zur Informationsfreiheit in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich im Interesse von Transparenz und Verbraucherinformation für Verbraucher und Bürger angewendet werden. Soweit noch nicht geschehen, sind die organisatorischen und sonstigen Voraussetzungen zu schaffen, damit Behörden verbraucherrelevante Informationen aktiv zur Verfügung stellen können und Anfragen von Bürgern zügig, kostengünstig und möglichst umfassend beantwortet werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen stärker als bisher deutlich machen: Wir wollen mehr Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher!

5. Wir werden im Wahlkampf um Mehrheiten für mehr Transparenz kämpfen und in künftiger Regierungsverantwortung Sorge dafür tragen, dass die rechtlichen und faktischen Möglichkeiten für eine breite Verbraucherinformation weiter verbessert werden.